

der inländischen Anleihen (einschließlich der hohen Provision) relativ gering ist und die Verzinsung im Verhältnis zur Sicherheit und in dem Vergleich zu dem Zinsfuß anderer Länder sehr hoch.

Unter diesen Verhältnissen erscheint tatsächlich heute die Beteiligung des Auslandes an deutschen Unternehmungen gegenüber der weiteren Kreditinanspruchnahme als das kleinere Übel. Das wird sich immer mehr erweisen, je mehr die Rückzahlungen der schon geliehenen Milliarden beginnen, und je mehr sich die Ertragsaussichten der deutschen Industrie noch weiter verschlechtern, wenn nicht die äußeren und inneren Lasten vermindert werden.

Praktisch aber wird die Beteiligung des Auslandes an deutschen Unternehmungen in der nächsten Zeit wohl um deswillen die Hauptform ausländischer Kapitaleinfuhr sein, weil die ausländische Verschuldung in Deutschland schon ein Maximum erreicht hat. Daß es in dem bisherigen Tempo nicht weitergehen darf und gar nicht weitergehen kann, ist schon öfter betont worden. Wenn demgegenüber die Entkommunalisierung öffentlicher Betriebe und die Beteiligung des Auslandes an den dafür errichteten Unternehmungen empfohlen wird, so kann man zugeben, daß diese Entwicklung, die sich ja schon anbahnt, zwangsläufig kommen muß, und daß sie jedenfalls nicht ungünstiger zu beurteilen ist als die weitere Verschuldung. Die Beteiligung des Auslandes an der Gas-, Licht- und Kraftversorgung, etwa im Wege gemischtwirtschaftlicher Unternehmungen, ist, wenn sich die öffentliche Hand, was natürlich ist, die Tarifgestaltung vorbehält, in der Tat kaum gefährlicher als die weitere Kreditinanspruchnahme. Aber, wenn die öffentlichen Körperschaften glauben, mit diesem neuen Wege der Kapitalbeschaffung weiter so wirtschaften zu können wie bisher, so muß dem mit aller Entschiedenheit widersprochen werden. Dieser Verkauf von Substanz darf nur für wirk-